

15.10.99

AS

Verordnung**des Bundesministeriums
für Arbeit und Sozialordnung**

**Verordnung zu dem Abkommen vom 10. Februar 1998 zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der
Regierung der Portugiesischen Republik über die Erstattung von
Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung****A. Zielsetzung**

Durch das Abkommen vom 10. Februar 1998 sollen im deutsch-portugiesischen Verhältnis die in der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer, Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, festgesetzten Verfahren zur Erstattung von Sachleistungen der Krankenversicherung beschleunigt werden.

B. Lösung

Das Abkommen vom 10. Februar 1998 stützt sich auf die in den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 den Mitgliedstaaten eingeräumten Ermächtigungen zum Abschluss von den Verordnungen abweichender Abkommen.

Das Abkommen sieht Erfassungs-, Abrechnungs- und Vorschussverfahren vor, die im deutsch-portugiesischen Verhältnis einfacher und damit schneller zu handhaben sind als die entsprechenden Verfahren, die in der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 vorgesehen sind.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Durchführung der Verordnung nicht mit Kosten belastet.

E. Sonstige Kosten

Keine

15.10.99

AS

Verordnung

**des Bundesministeriums
für Arbeit und Sozialordnung**

Verordnung zu dem Abkommen vom 10. Februar 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Portugiesischen Republik über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung

Der Chef des Bundeskanzleramtes
022 (311) - 806 06 - Ab 64/99

Berlin, den 14. Oktober 1999

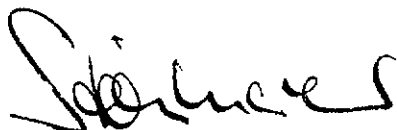
An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von dem Bundesministerium für Arbeit und Sozial-
ordnung zu erlassende

Verordnung zu dem Abkommen vom 10. Februar 1998
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutsch-
land und der Regierung der Portugiesischen Republik
über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen
der Krankenversicherung

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Abs. 2 des
Grundgesetzes herbeizuführen.



Dr. Frank-Walter Steinmeier

Verordnung

zu dem Abkommen vom 10. Februar 1998

zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Portugiesischen Republik
über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung

Vom

Auf Grund des Artikels 1 Nr. 2, 5, 28, 29 und 34 des Gesetzes vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 (BGBl. I S. 1177), zuletzt geändert durch Artikel 106 des EWR-Ausführungsgesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512), verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Artikel 1

Das in Lissabon am 10. Februar 1998 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Portugiesischen Republik über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 9 Abs. 1 in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 9 Abs. 2 außer Kraft tritt.

(3) Die Tage des Inkrafttretens und des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Begründung

Das Abkommen vom 10. Februar 1998 bedarf nach seinem Inhalt einer Umsetzung durch eine für die Rechtsunterworfenen sowie für die Gerichte und Verwaltungsbehörden verbindliche Rechtsvorschrift. Das Gesetz vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 (BGBl. I Seite 1177), zuletzt geändert durch Artikel 106 des EWR-Ausführungsgesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512), ermächtigt das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, mit Zustimmung des Bundesrates in den im Gesetz aufgezählten Fällen durch Rechtsverordnung Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in Kraft zu setzen.

Zu Artikel 1

Die Vorschrift enthält die Inkraftsetzungsformel für das Abkommen.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift enthält die erforderlichen Bestimmungen über das Inkrafttreten bzw. Außerkrafttreten der Verordnung und deren Bekanntgabe (Artikel 82 Abs. 2 GG).

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung der Verordnung nicht mit Kosten belastet.

Abkommen
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Portugiesischen Republik
über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der
Krankenversicherung

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Portugiesischen Republik -

in dem Wunsch, in Abweichung von Artikel 94 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zur Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer, auf Selbständige und auf deren Familien, welche innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, die von den deutschen Krankenkassen an die in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Familienangehörigen der Versicherten portugiesischer Träger gewährten Sachleistungen nach den im Einzelfall entstandenen tatsächlichen Aufwendungen abzurechnen,

in dem Wunsch, das Verfahren zur Erfassung der in der Portugiesischen Republik lebenden anspruchsberechtigten Familienangehörigen von portugiesischen Arbeitnehmern, die in der Bundesrepublik Deutschland versichert sind, durch die deutsche Krankenversicherung zu vereinfachen, sowie die Abrechnung und Zahlung der Beträge zu beschleunigen, welche von den portugiesischen Trägern der Krankenversicherung für die vorgenannten Familienangehörigen aufgewandt wurden und von den deutschen Krankenversicherungsträgern zu erstatten sind,

im Hinblick darauf, daß in den nach tatsächlichem Aufwand abzurechnenden Leistungsfällen die Kosten der gewährten Arznei nicht oder nur schwer in der im Einzelfall entstehenden tatsächlichen Höhe festgestellt werden können,

in dem Wunsch, die Ermittlung der Kosten bei kontrollärztlichen Untersuchungen zu vereinfachen,

gestützt auf Artikel 36 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 in Verbindung mit Artikel 94 Absatz 6 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Hat ein Träger der deutschen Krankenversicherung für die in Artikel 19 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 bezeichneten, in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Familienangehörigen Sachleistungen erbracht, so werden die gemäß Artikel 36 dieser Verordnung zu erstattenden Beträge für diese Aufwendungen in entsprechender Anwendung des Artikels 93 Absätze 1, 4 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 in Abweichung von Artikel 94 Absätze 1 bis 5 dieser Verordnung bestimmt.

Artikel 2

(1) Für die Eintragung beim Wohnortträger in der Portugiesischen Republik hinsichtlich der dort wohnenden anspruchsberechtigten Familienangehörigen der bei deutschen Krankenkassen versicherten Arbeitnehmer und Selbständigen gemäß Artikel 17 Absätze 1 bis 4 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 und für die Führung der Verzeichnisse gemäß Artikel 94 Absatz 4 dieser Verordnung wird wie folgt verfahren:

(2) Der deutsche zuständige Krankenversicherungsträger übersendet dem Departamento de Relações Internacionais e Convenções de Segurança Social in Lissabon eine Bescheinigung zur Eintragung der Familienangehörigen des Versicherten und für die Führung der Verzeichnisse in zweifacher Ausfertigung, sobald er vom Versicherten von der Anschrift seiner in der Portugiesischen Republik wohnenden Familienangehörigen unterrichtet wurde; ein weiteres Exemplar der Bescheinigung erhält der Versicherte.

Artikel 3

Binnen drei Monaten nach Veröffentlichung der Pauschbeträge für das betreffende Abrechnungsjahr im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften übermitteln die deutschen zuständigen Krankenversicherungsträger der deutschen Verbindungsstelle in jeweils doppelter Ausfertigung ein Verzeichnis der Versicherten, deren anspruchs-

berechtigte Familienangehörige in dem betreffenden Kalenderjahr in der Portugiesischen Republik wohnten. Zugleich überweisen die deutschen Krankenversicherungsträger der deutschen Verbindungsstelle die sich aus den Abrechnungsunterlagen ergebenden Gesamtbeträge.

Artikel 4

Die deutsche Verbindungsstelle übersendet der portugiesischen Verbindungsstelle binnen zwei Monaten nach Ablauf der in Artikel 3 genannten Frist eine Ausfertigung des dort genannten Verzeichnisses. Sie fügt eine Gesamtaufstellung bei und überweist zugleich den sich daraus ergebenden Gesamtbetrag an die portugiesische Verbindungsstelle.

Artikel 5

Die portugiesische Verbindungsstelle teilt der deutschen Verbindungsstelle innerhalb eines Jahres nach Empfang der in Artikel 3 genannten Abrechnungsunterlagen etwaige Beanstandungen in im einzelnen zu bezeichnenden Fällen und für jeden in Betracht kommenden deutschen Träger mit.

Artikel 6

Die Verbindungsstellen für die Krankenversicherung vereinbaren die zur Anwendung dieses Abkommens erforderlichen Vordrucke.

Artikel 7

(1) Abweichend von Artikel 93 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 werden die von den portugiesischen Trägern der Krankenversicherung zu erstattenden Beträge für Arzneimittel von den aushelfenden deutschen Trägern der Krankenversicherung für die

Zeit bis 31. Dezember 1995 in Höhe der Pauschalsätze in Rechnung gestellt, die zwischen den deutschen Trägern im Falle der Leistungsaushilfe zur Anwendung kommen.

(2) Abweichend von Artikel 93 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 werden die von den deutschen Trägern der Krankenversicherung zu erstattenden Beträge für Arzneimittel von den aushelfenden portugiesischen Trägern der Krankenversicherung auf der Grundlage eines für jedes Kalenderjahr von den zuständigen portugiesischen Stellen nach Maßgabe einer vorherigen Vereinbarung zwischen der deutschen und der portugiesischen Verbindungsstelle festzulegenden Pauschalsatzes in Rechnung gestellt.

(3) Bis zum Abschluß einer solchen Vereinbarung erfolgen die Erstattungen gemäß Artikel 93 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72.

Artikel 8

Abweichend von Artikel 105 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 werden die von den portugiesischen Trägern der Krankenversicherung zu erstattenden Beträge für kontrollärztliche Untersuchungen von den aushelfenden deutschen Trägern der Krankenversicherung in Höhe der Pauschalsätze in Rechnung gestellt, die innerstaatlich in Untersuchungsfällen Dritten berechnet werden.

Artikel 9

(1) Dieses Abkommen tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

(2) Dieses Abkommen gilt für die Dauer eines Jahres. Seine Geltungsdauer verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern es nicht von einer Vertragspartei spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Lissabon

am 10. Februar 1988

in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland

Sabine Ulbrich-Libbe

Für die Regierung der
Portugiesischen Republik

António

CONVENÇÃO

entre o Governo da República Federal da Alemanha

e

o Governo da República Portuguesa

relativa ao reembolso de despesas com prestações em espécie

do seguro de doença

O Governo da República Federal da Alemanha

e

o Governo da República Portuguesa

desejando, contrariamente ao disposto no artigo 94º do Regulamento (CEE) nº 574/72 do Conselho, de 21 de Março de 1972, que estabelece as modalidades de aplicação do Regulamento (CEE) nº 1408/71 relativo à aplicação dos regimes de segurança social aos trabalhadores assalariados, aos trabalhadores não assalariados e aos membros da sua família que se deslocam no interior da Comunidade, que o reembolso das despesas com as prestações em espécie concedidas por caixas alemãs do seguro de doença a membros da família, residentes na República Federal da Alemanha, de segurados em instituições portuguesas, seja efectuado com base nas despesas efectivas relativamente a cada caso;

desejando simplificar o processo de inventário dos membros da família com direito a prestações, residentes na República Portuguesa, de trabalhadores portugueses segurados na República Federal da Alemanha pelo seguro alemão de doença, bem como acelerar o apuramento e o pagamento dos montantes despendidos com esses membros da família pelas instituições portuguesas do seguro de doença e a reembolsar pelas instituições alemãs do seguro de doença;

considerando que, nos casos de concessão de prestações cujo apuramento seja efectuado com base em despesas efectivas, a determinação dos montantes reais das despesas com medicamentos se apresenta difícil ou mesmo impossível;

desejando simplificar o processo de verificação das despesas efectuadas com os exames médicos de controlo;

ao abrigo do nº 3 do artigo 36º do Regulamento (CEE) nº 1408/71 conjugado com o nº 6 do artigo 94º do Regulamento (CEE) nº 574/72 do Conselho, de 21 de Março de 1972 -

acordaram no seguinte:

Artigo 1º

Se uma instituição do seguro alemão de doença tiver concedido prestações em espécie aos membros da família mencionados no nº 2 do artigo 19º do Regulamento (CEE) nº 1408/71 do Conselho, de 14 de Junho de 1971, residentes na República Federal da Alemanha, os montantes relativos a essas despesas, a reembolsar nos termos do artigo 36º desse Regulamento, serão determinados segundo as modalidades previstas nos nºs 1, 4 e 6 do artigo 93º do Regulamento nº 574/72 do Conselho, de 21 de Março de 1972, e não segundo as previstas nos nºs 1 a 5 do artigo 94º desse Regulamento.

Artigo 2º

1. Para efeitos da inscrição na instituição do lugar de residência dos membros da família com direito a prestações, residentes na República Portuguesa, de trabalhadores assalariados e não assalariados segurados em caixas alemãs de doença, em conformidade com os nºs 1 a 4 do artigo 17º do Regulamento (CEE) nº 574/72 e para elaboração do inventário nos termos do nº 4 do artigo 94º desse Regulamento, proceder-se-á do seguinte modo:

2. A instituição alemã competente para o seguro de doença, logo que o segurado comunique a morada dos familiares residentes na República Portuguesa, envia, para efeitos de inscrição dos membros da sua família e elaboração do inventário, um atestado em duplicado ao Departamento de Relações Internacionais de Segurança Social em Lisboa e outro exemplar ao segurado.

Artigo 3º

Após a publicação no Jornal Oficial das Comunidades Europeias dos montantes fixos relativos ao ano em apuramento, as instituições alemãs competentes para o seguro de doença enviam, no prazo de três meses, ao organismo de ligação alemão uma relação, em duplicado, dos segurados cujos membros da família com direito a prestações residiram em Portugal naquele ano. Simultaneamente, as instituições alemãs do seguro de doença transferem para o organismo de ligação alemão os montantes globais que resultam dos documentos que serviram de base ao apuramento de contas.

Artigo 4º

O organismo de ligação alemão envia ao organismo de ligação português, nos dois meses subsequentes ao termo do prazo referido no artigo 3º, um exemplar da relação mencionada nesse artigo, anexando uma relação global e transferindo simultaneamente o montante global que resulta dessa relação para o organismo de ligação português.

Artigo 5º

No prazo de um ano após a recepção dos documentos do apuramento de contas referidos no artigo 3º, o organismo de ligação português comunica ao organismo de ligação alemão eventuais objecções especificando, por cada instituição alemã em causa, os respectivos casos individuais.

Artigo 6º

Os organismos de ligação do seguro de doença estabelecem os formulários necessários à aplicação da presente Convenção.

Artigo 7º

1. Contrariamente ao disposto no nº 1 do artigo 93º do Regulamento (CEE) nº 574/72, os montantes a reembolsar, até 31 de Dezembro de 1995, pelas instituições portuguesas do seguro de doença relativamente a medicamentos são debitados pelas instituições alemãs do seguro de doença que intervieram na concessão das prestações no montante correspondente às tarifas em vigor entre as instituições alemãs em casos de auxílio mútuo na concessão de prestações.

2. Contrariamente ao disposto no nº 1 do artigo 93º do Regulamento (CEE) nº 574/72, os montantes a reembolsar pelas instituições alemãs do seguro de doença, relativamente a medicamentos, são debitados pelas instituições portuguesas do seguro de doença que intervieram na concessão das prestações, na base de um montante fixo a estabelecer,

relativamente a cada ano, pelas autoridades competentes portuguesas, de harmonia com um acordo prévio entre o organismo de ligação português e o organismo de ligação alemão.

3. No entanto, enquanto não se chegar a esse acordo, aqueles reembolsos são efectuados nos termos do nº 1 do artigo 93º do Regulamento (CEE) nº 574/72.

Artigo 8º

Contrariamente ao disposto no nº 1 do artigo 105º do Regulamento (CEE) nº 574/72, os montantes a reembolsar por instituições portuguesas do seguro de doença, relativamente a exames médicos de controlo, serão debitados pelas instituições alemãs do seguro de doença que os efectuaram no montante correspondente às tarifas aplicadas internamente em relação a exames médicos efectuados a terceiros.

Artigo 9º

1. A presente Convenção entrará em vigor, com efeitos a partir de 1 de Janeiro de 1986, logo que as Partes Contratantes se tenham reciprocamente notificado de que se acham cumpridos os pressupostos exigidos pela respectiva ordem interna em vigor. O dia em que for recebida a última notificação é considerado o da entrada em vigor.

2. A presente Convenção vigorará pelo período de um ano, o qual pode ser renovado por iguais períodos, desde que não seja denunciada, por escrito, por uma das Partes Contratantes, pelo menos três meses antes do termo do respectivo período de aplicação.

FEITO em *Lisboa*, no dia *10 de Fevereiro de 1911* em dois originais, cada um em português e em alemão, fazendo ambos os textos igualmente fé.

Pelo Governo da República
Federal da Alemanha

Sabine Vollmar-Libbel

Pelo Governo da República
Portuguesa.

M. L. L.

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Das Abkommen vom 10. Februar 1998 stützt sich auf die in den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 den Mitgliedstaaten eingeräumten Ermächtigungen zum Abschluss von den Verordnungen abweichender Abkommen.

Das Abkommen sieht insbesondere Erfassungs- und Abrechnungsverfahren vor, die im deutsch-portugiesischen Verhältnis einfacher und damit schneller zu handhaben sind als die entsprechenden Verfahren, die in der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 vorgesehen sind.

II. Besonderes

Da die Zahl der nach portugiesischem Recht Versicherten, die in Deutschland als Familienangehörige die Sachleistungsaushilfe in Anspruch nehmen, relativ gering ist, sieht **Artikel 1** vor, dass in diesen Fällen an Stelle von Pauschalbeträgen die tatsächlichen Kosten den deutschen Krankenkassen erstattet werden.

In **Artikel 2** wird bestimmt, dass die in Portugal wohnenden Familienangehörigen von Versicherten deutscher Krankenkassen erfasst werden, indem der deutsche zuständige Krankenversicherungsträger der für den Wohnort der Familienangehörigen zuständigen portugiesischen Stelle eine entsprechende Bescheinigung übersendet.

Artikel 3 enthält Regelungen, wie die einzelnen deutschen zuständigen Krankenversicherungsträger der deutschen Verbindungsstelle die entsprechenden Angaben über die in Portugal wohnenden Familienangehörigen ihrer Versicherten machen und welche Zahlungen sie an die deutsche Verbindungsstelle leisten.

Artikel 4 bestimmt, dass die deutsche Verbindungsstelle der portugiesischen Verbindungsstelle die entsprechenden Angaben über die in Portugal wohnenden Familienangehörigen der in Deutschland Versicherten macht und die entsprechenden Zahlungen an die portugiesische Verbindungsstelle leistet.

Artikel 5 sieht vor, dass die portugiesische Verbindungsstelle innerhalb eines Jahres nach Empfang der übersandten Abrechnungsunterlagen etwaige Beanstandungen mitteilen kann.

In **Artikel 6** wird festgelegt, dass das zur Anwendung des Abkommens erforderliche Verwaltungsverfahren von den beiderseitigen Verbindungsstellen vereinbart wird.

Artikel 7 Abs. 1 sieht vor, dass bis zum 31. Dezember 1995 die Kosten für Arzneimittel in Fällen der Leistungsaushilfe durch deutsche Krankenkassen pauschal abgerechnet werden. Da entsprechend einer Änderung des innerstaatlichen deutschen Verfahrens ein Pauschbetrag ab 1. Januar 1996 nicht mehr berechnet wird, werden bei den Arzneikosten von diesem Zeitpunkt an die im Einzelfall entstandenen Kosten in Rechnung gestellt.

In Absatz 2 wird festgelegt, dass die Kosten für Arzneimittel in Fällen der Leistungsaushilfe durch portugiesische Krankenkassen auf der Grundlage eines für jedes Kalenderjahr von den zuständigen portugiesischen Stellen nach Maßgabe einer vorherigen Vereinbarung zwischen der deutschen und der portugiesischen Verbindungsstelle festzulegenden Pauschalsatzes in Rechnung gestellt werden.

Nach Absatz 3 erfolgen bis zum Abschluss einer Vereinbarung nach Absatz 2 die Erstattungen gemäß Artikel 93 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72, d.h. in Höhe des tatsächlichen Betrages.

Artikel 8 sieht vor, dass bei im Wege der Amtshilfe durchgeführten kontrollärztlichen Untersuchungen deutscher Träger für portugiesische Träger der Krankenversicherung die Kosten von den aushelfenden deutschen Trägern in Höhe von Pauschalsätzen in Rechnung gestellt werden.

26.11.99**Beschluss****des Bundesrates**

Verordnung zu dem Abkommen vom 10. Februar 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Portugiesischen Republik über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung

Der Bundesrat hat in seiner 745. Sitzung am 26. November 1999 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.